

Robert Kremlicka

Wohlstand sucht Wachstum



So hat Österreich Standort-Zukunft

Buchauszug: Kapitel 2
- Der Lissabon-Prozess

Linde
populär

2. Der Lissabon-Prozess

Bündel von Strategien mit einem Hauptziel

Es war im März des Jahres 2000: anlässlich einer Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon ist möglicherweise europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte geschrieben worden. Unter dem etwas sperrigen Titel „Beschäftigung, Wirtschaftsreformen und sozialer Zusammenhalt – für ein Europa der Innovation und des Wissens“ ging es um die Formulierung eines ambitionierten strategischen Ziels. Die Europäische Union solle innerhalb des nächsten Jahrzehnts, also bis 2010, zum weltweit wettbewerbsfähigsten und dynamischsten auf Wissen basierenden Wirtschaftsraum gemacht werden. Dieser Wirtschaftsraum solle in der Lage sein, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erzielen, mehr und höher qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und einen größeren sozialen Zusammenhalt sicherzustellen.

Im Hinblick auf diese Zielsetzung hat der Europäische Rat ein Maßnahmenbündel definiert und konkrete Ziele mit Fristen für ihre Umsetzung formuliert. Damit waren die so genannten „Lissabon Kriterien“ aus der Taufe gehoben. Für die Umsetzung wurde eine offene Koordinationsmethode vereinbart. Intensiver Austausch von Erfahrungen und beispielgebenden Praktiken zwischen den Mitgliedsstaaten – koordiniert vom Rat – soll die Anstrengungen in den einzelnen Ländern beflügeln. Es wurde beschlossen, dass eine alljährlich im Frühjahr stattfindende Sondertagung dieses Gremiums über Wirtschafts- und Sozialfragen entsprechende Aufträge festlegen werde. Damit soll sichergestellt werden, dass es auf der Basis des Monitoring und alljährlichen Benchmarkings zu entsprechenden Folgemaßnahmen auf nationaler Ebene kommt. Die Gesamtstrategie, so die Vereinbarung aus der portugiesischen Hauptstadt, enthält folgende Elemente:

- Übergang zu einer auf Wissen basierenden Wirtschaft durch die gezielte Förderung der Informationsgesellschaft

- Forcierte Anstrengungen in Forschung und Entwicklung
- Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells und die daraus resultierende geeignete Mischung makroökonomischer Politiken

Konkret geht es dieser Vereinbarung, der ein langer politischer Diskussionsprozess vorangegangen war, um

- mehr und vernetzte Forschung und Entwicklung in einem europäischen Forschungsraum,
- die volle Unterstützung der Neugründung innovativer Unternehmen,
- effiziente und integrierte Finanzmärkte,
- mehr Mut zu Wirtschaftsreformen,
- Konsolidierung und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen,
- mehr Engagement in Aus- und Weiterbildung, unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens,
- eine Modernisierung des sozialen Schutzes mit der nachhaltigen Sicherung der sozialen Systeme und
- eine generelle Verbesserung der sozialen Integration.

Es war in dieser dichten Form das erste Mal, dass sich die Europäische Union gezielt in ein Wettbewerbsverhältnis zu anderen Wirtschaftsräumen dieser Erde setzte. Der Anspruch auf die ökonomische und soziale Führungsrolle wurde damals in erster Linie in Blickrichtung USA erhoben, mittlerweile zeigt die Entwicklung in weiten Teilen Asiens, dass neue Wirtschaftsräume auf der wirtschaftlichen Weltbühne auftauchen und den Wettbewerb ohne Zweifel verschärfen.

So weit die ehrgeizigen Vorhaben aus Lissabon anno 2000.

Wären auf diese Vereinbarung vom März 2000 quer durch die Europäische Union Jahre des dynamischen Wirtschaftswachstums gefolgt, so hätte die eine oder andere Zielerreichung rascher und politisch „schmerzloser“ funktioniert. Es folgten jedoch Jahre der hartnäckigen Konjunkturschwäche.

Die Ziele blieben, aber der Glaube an sie ließ nach ...

Erst kam der schrittweise „Abschied“ von Maastricht, als einige Länder – angeführt von Deutschland – das Kriterium der Netto-Neuverschuldung im Staatshaushalt nicht mehr erfüllen konnten. Mittlerweile wächst die Zahl der Länder im Euroraum, die beim Staatshaushalt die 3-Prozent-Defizitgrenze überschreiten. Die Stabilitätskriterien zur Einführung des Euro bleiben zwar formell aufrecht, aber man wird sie in Zukunft „flexibler“ interpretieren.

Wenig später, zur Jahreswende 2004/05 wurde auch klar, dass die in Lissabon beschlossene Aufholjagd auf das Siegerpodest unter den Wirtschaftsräumen

nicht funktionieren wird. Man verabschiedete sich daher von dieser ehrgeizigen Zielsetzung und postulierte den absoluten Vorrang von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Der Katalog der Indikatoren blieb zwar erhalten und ermöglicht weiterhin sehr wichtige Benchmarks und Orientierungen, aber die Regierungen verabschiedeten sich von der Zielsetzung, bis zum Jahre 2010 den wachstumsstärksten wissensinduzierten wirtschaftlichen Integrationsraum auf diesem Erdball zu schaffen. Europa begnügt sich angesichts der ungebrochenen Wachstumsdynamik in den USA und dem Wachstumsfurioso in China, Indien und einigen südostasiatischen Ländern mit „kleineren Brötchen“. Der Aufholprozess ist vorerst abgesagt, zumindest aber sistiert.

Aber die Agenda und ihre Indikatoren bleiben. Und sie bleiben eine der wesentlichsten Orientierungshilfen bei der Evaluierung wichtiger standortpolitische Faktoren.

14 Leitindikatoren als wertvolle Orientierungshilfe

Die Europäische Kommission hat, über Auftrag des Rates von Nizza, 14 Leitindikatoren erstellt, wobei einige davon mit durchaus interessanten Subindikatoren versehen sind, um die jeweilige Entwicklung vor allem in ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz zu verdeutlichen. Das war und ist ein wertvoller Beitrag zur Übersichtlichkeit und führt zweifellos dazu, dass der Lissabon-Prozess in der Öffentlichkeit – vor allem in der massenmedialen Darstellung – transparenter dargestellt und objektiver diskutiert werden kann.

Natürlich sind nicht alle von gleicher Wertigkeit für die Erreichung der gesteckten Ziele. Aber sie sind politisch relevant, relativ einfach zu verstehen und zu interpretieren sowie von plausibler internationaler Vergleichbarkeit, wenn auch einige Wirtschaftsforscher davor warnen, den Ländervergleich allzu penibel in die eine oder andere Richtung zu strapazieren.

Von der Gefahr eines „Beauty Contest“ spricht in diesem Zusammenhang beispielsweise WIFO-Experte Prof. Ewald Walterskirchen in einer 2004 für die Arbeiterkammer verfassten Studie³. Er warnt vor einer „mechanischen Verwendung und Aufsummierung der Indikatoren“, ohne auf die näheren Umstände zu achten. Die Position eines Landes im internationalen Vergleich könne durch die Konjunkturlage, die Institutionen des Landes, die Landesgröße sowie durch geographische Faktoren beeinflusst sein, die nicht von der Politik bestimmt werden können. Die Kommission selbst habe auf die Problema-

³ Walterskirchen (2004), Seite 6f.

tik der Aufstellung von Länderranglisten hingewiesen und wolle sich bewusst von fragwürdigen „Schönheitswettbewerben“ diverser Managementinstitute abheben.

Dennoch: In einer Medienwirklichkeit, in der mittlerweile praktisch alles „gerankt“ wird, was nicht niet- und nagelfest ist, wird sich die wirtschaftspolitische Strukturberichterstattung in erster Linie auf die definierten Kriterien konzentrieren. Diese Vergleiche dienen unter anderem auch der politischen Begründung für die Notwendigkeit diverser Reformmaßnahmen oder gar Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Jährlich im Frühjahr veröffentlichte die EU-Kommission einen ausführlichen Zwischenbericht über den Stand der Entwicklung der Lissabon-Agenda. Mitte 2005 gibt es einen Status-Bericht zu den Indikatoren, man verzichtet jedoch darauf, die Dynamik des Zeitablaufes darzustellen. Darin werden die jüngsten verfügbaren Daten zu den einzelnen Indikatoren dargestellt. Mehrere Faktoren machen den nun vorliegenden Status-Report dennoch spannend: Die „erste Halbzeit“ eines Prozesses, der wohl in dieser Form keine zweite „Spielhälfte“ bekommen wird, war nämlich von einer in vielen Ländern hartnäckigen Konjunkturflaute gekennzeichnet. Es war also nicht möglich unter den Rahmenbedingungen eines kontinuierlichen Wachstums die Arbeitsmärkte zu dynamisieren, das Bildungssystem im Sinne einer wissensinduzierten Gesellschaft zu reorganisieren, notwendige Reformen anzugehen und alle sich bietenden Wachstumspotentiale zu nützen. Der Wandel erfolgte oder unterblieb im Windschatten des Weltwirtschaftswachstums.

Zusätzliches Interesse ergibt sich aus der EU-Erweiterung, die im Mai 2004 10 neue Mitgliedstaaten in die Gemeinschaft einbezog. Der Beobachtungszeitraum ist zwar noch kurz, aber naturgemäß erwartet man sich von deren Einbeziehung in das definierte Zahlenwerk Aufschluss über die strukturellen Veränderungen, die die EU durch ihre Erweiterung erfahren hat. Auf den folgenden Seiten sind die jeweils aktuellsten Daten zu den Indikatoren zusammengefasst und mit einer kurzen Interpretation aus österreichischer Sicht versehen.

Lissabon-Strukturindikatoren

BIP pro Kopf: Unter den besten Fünf

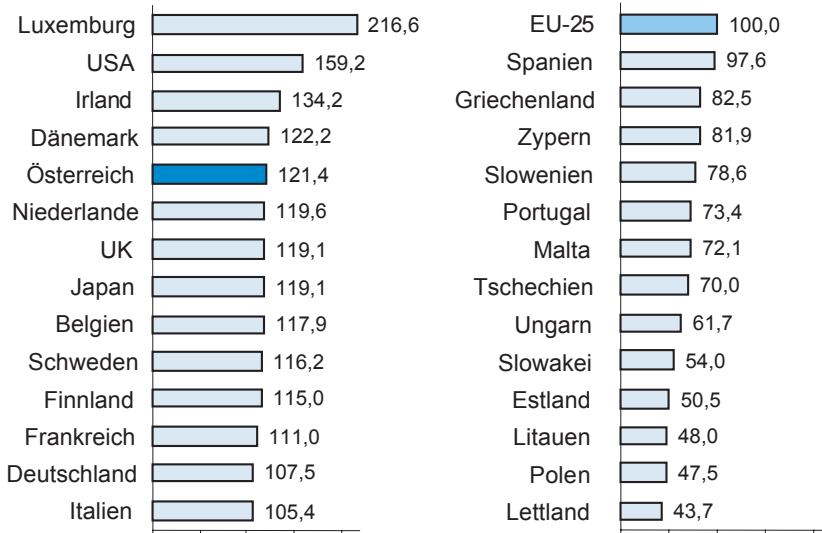


Abbildung 2.1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards, 2004. BIP = Wert aller in einem Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen, abzüglich der Vorleistungen. KKS: Einheitliche Währung, die Preisunterschiede zwischen den Ländern eliminiert und Volumensvergleiche erlaubt. EU-25 = 100. (Alle Länder außer USA: Prognose.)

Quelle: Eurostat (2005); Strukturindikatoren; Stand: März 2005.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung per capita liegt in den USA um fast 60 Prozent über dem EU-25-Durchschnitt. Der Aufholprozess – erklärtes Ziel der Lissabon-Agenda – lässt somit weiter auf sich warten.

Innerhalb der EU nimmt Österreich weiterhin einen Spitzenplatz ein. Das Attribut „eines der reichsten Länder“ ist gerechtfertigt. Bemerkenswert ist vor allem der Vorsprung gegenüber den großen Industrieländern Deutschland, Italien und Großbritannien. Das über dem Durchschnitt der Eurozone liegende Wachstum des Jahres 2004 in Höhe von 2,0 Prozent sowie die Erwartungen für 2005 festigen diese Position.

Güterverkehrsvolumen: Tribut an Erweiterung und Export

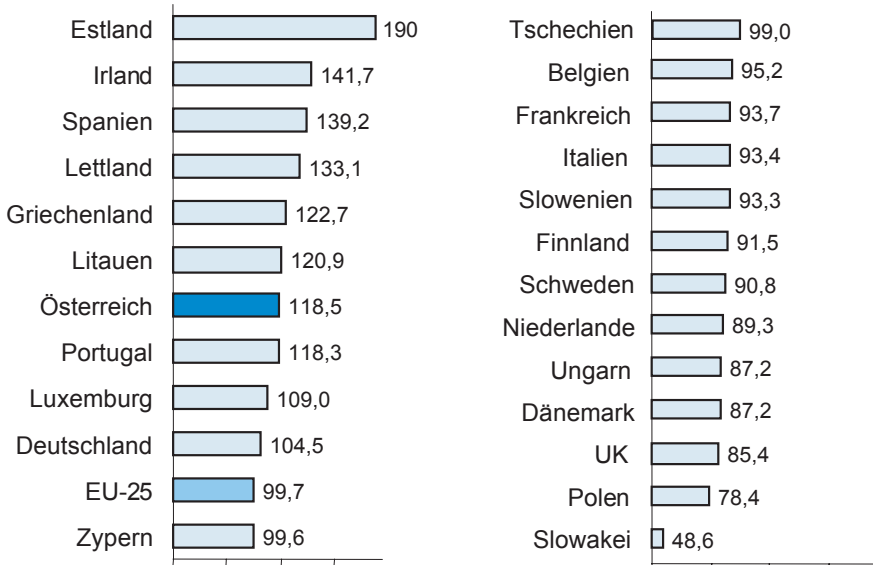


Abbildung 2.2: Güterverkehrsvolumen, 2003, Index: 1995 = 100 je Land. Verhältnis zwischen Tonnenkilometern je BIP zu Preisen von 1995. Schiene und Wasserwege: Inlandsverkehr ohne Berücksichtigung der Nationalität. Straße: nur im Inland registrierte Fahrzeuge. (Berichtiger Wert: CZ; Schätzung – EUROSTAT: GR [unsichere Daten], IT, NL; Schätzung: PT.)

Quelle: Eurostat (2005); Strukturindikatoren; Stand: März 2005.

Ein aus österreichischer Sicht nicht unproblematischer Indikator, wird doch hierzulande das wachsende Transportaufkommen auf der Straße als ökologische Belastung empfunden. Dieser Indexwert stellt auf Güterverkehrsvolumina als Wachstumsbarometer ab. Wenn auch im LKW-Verkehr nur inländische Fahrzeuge und deren Fahrleistung berücksichtigt werden: Das Wachstum des Güterverkehrs seit 1995 um fast 20 Prozent ist in erster Linie durch die EU-Erweiterung sowie die überdurchschnittliche Steigerung der heimischen Warenexporte bedingt. Ein Tribut an die Lage im Herzen des Integrationsprozesses.

Produktivität: Noch Potential vorhanden

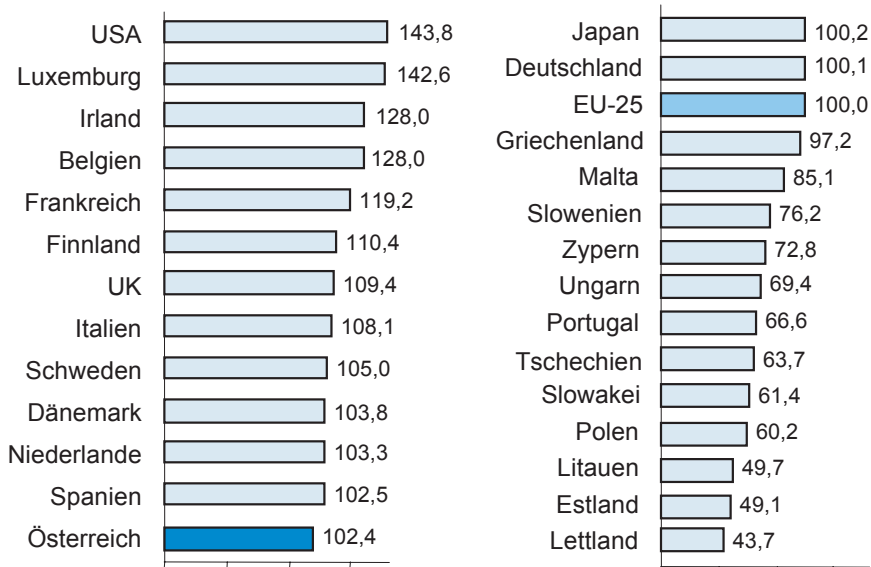


Abbildung 2.3: Arbeitsproduktivität pro Person, 2004. BIP in KKS je beschäftigter Person, relativ zum EU-25-Schnitt. Keine Unterscheidung zwischen Ganz- und Halbtagsbeschäftigung. (Alle Länder: Prognose.)

Quelle: Eurostat (2005); Strukturindikatoren; Stand: März 2005.

Die Produktivität je Beschäftigtem liegt in Österreich nur knapp über dem Durchschnittswert der EU. Dieses eher enttäuschende Ergebnis ist wohl auch im Faktum begründet, dass die Beschäftigungsquote Österreichs mit nunmehr 67,8 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Jedenfalls zeigt dieser Indikator, dass hierzulande in Bezug auf die Wertschöpfungsintensität je Arbeitsplatz noch Potentiale bestehen. Bei der Suche nach neuen Investoren für Österreich sollte diese strukturpolitische Komponente für alle Betriebsansiedlungsaktivitäten in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Es besteht Aufholbedarf.

Qualifikation: Beachtliches Maturaniveau

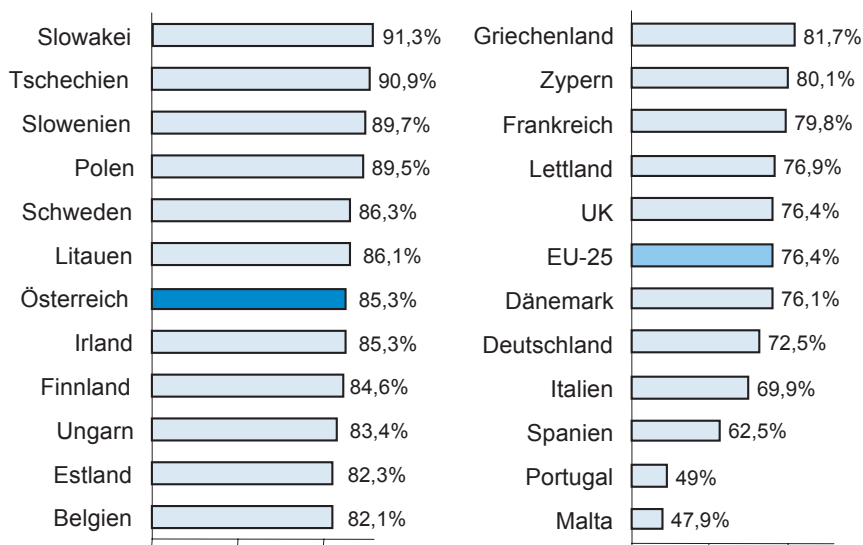


Abbildung 2.4: Bildungsstand der 20–24-jährigen, 2004. Prozentualer Anteil der 20–24-Jährigen an derselben Altersgruppe, die mindestens ein Ausbildungsniveau der Sekundarstufe (= ISCED 3-4) vorweisen können. (Vorläufige Werte: EU-25, DE, GR, IE, IT.)

Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Ein erfreuliches Ergebnis der österreichischen Bildungspolitik. Mehr als 85 Prozent der 20- bis 24-Jährigen haben eine Formalqualifikation, die der Matura entspricht. Hier dokumentiert sich vor allem der Erfolg des berufsbildenden höheren Schulwesens (BHS), das sich wachsender Beliebtheit erfreut. Bemerkenswert sind die teilweise noch höheren Quoten in vielen jener Länder des ehemaligen Ostblocks, die im Mai 2004 neu der EU beigetreten sind. Signifikant sind auch die Unterschiede zu den Ländern der Südflanke der Europäischen Union. Insgesamt ein Indikator mit einer überraschenden Bandbreite bzw. Dispersion der erreichten Bildungsniveaus der jungen Generation.

Beschäftigungsquote: Es könnte mehr sein ...

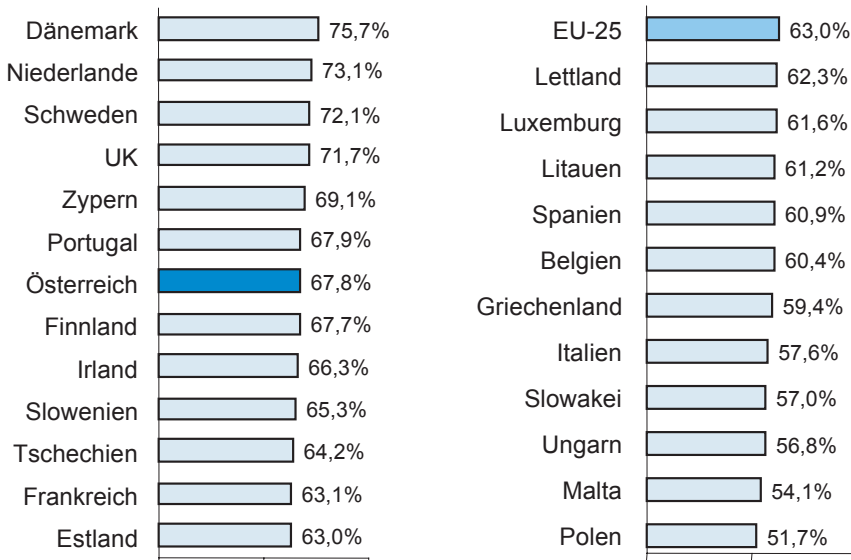


Abbildung 2.5: Beschäftigungsquote der 15–64-Jährigen, 2004. Anteil der beschäftigten Personen von 15–64 an derselben Altersgruppe. Die Untersuchung enthält die gesamte Bevölkerung, die in privaten Haushalten lebt, ohne kollektive Haushalte wie Internate, Krankenhäuser etc. (2. Quartal 2004: EU-25, CY.)

Quelle: Eurostat (2005), Labour Force Survey; Stand: Mai 2005.

Österreich liegt zwar bei der Beschäftigungsquote um fast 5 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt, aber es gibt vergleichbare Länder mit deutlich höheren Quoten, etwa in Skandinavien (Dänemark und Schweden), aber auch in den Niederlanden. Dieser Abstand ist in erster Linie das Ergebnis einer in Österreich krass unterdurchschnittlichen Beschäftigungsquote in der Altersgruppe 59 bis 64 Jahre, auf die ein eigener Indikator noch gesondert eingeht. Nur wenn in dieser Gruppe ein Paradigmenwechsel gelingt, wird Österreich zur Spitzengruppe aufschließen können.

Langzeitarbeitslosigkeit: Erfreulich niedrig

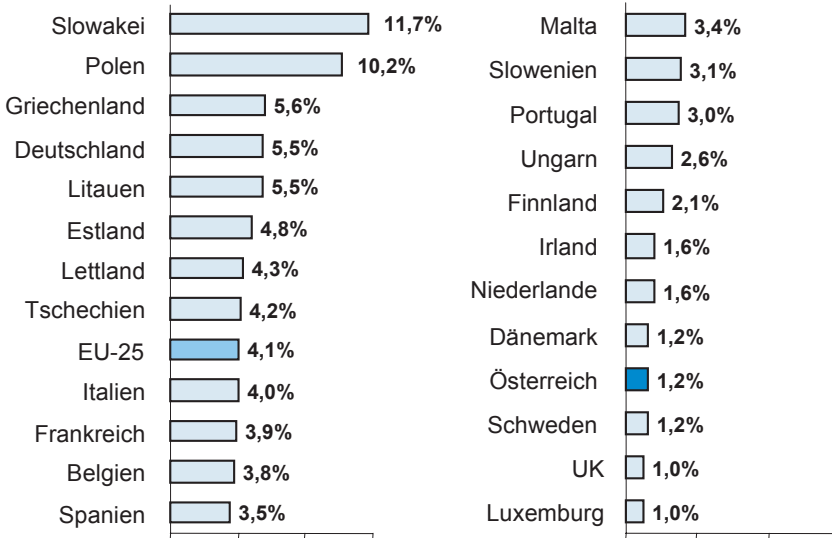


Abbildung 2.6: Langzeitarbeitslosigkeit, 2004. Langzeitarbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung (= beschäftigte und nicht beschäftigte Personen). Langzeitarbeitslos (12 Monate und mehr) sind Personen über 15, die nicht in kollektiven Haushalten leben, ohne Arbeit für die nächsten 2 Wochen und aktiv arbeitssuchend sind. Quelle: Eurostat (2005), Labour Force Survey; Stand: Mai 2005.

Österreich gehört zu den Ländern mit der geringsten Langzeitarbeitslosigkeit in Europa. Beängstigend sind hingegen die hohen Prozentsätze in einigen der Erweiterungsländer. Für unser Land ein erfreuliches Ergebnis, denn Langzeitarbeitslosigkeit erhöht die Armutsgefährdung und erschwert den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt bei den Betroffenen. Die geringe Quote stellt den Vermittlungsbemühungen, also auch dem AMS, ein gutes Zeugnis aus. Bleibt die Frage, ob auch nach den Pensionsreformen 2003/04 diese Werte gehalten werden können.

Beschäftigungsquote der Älteren: Ruhestandshochburg

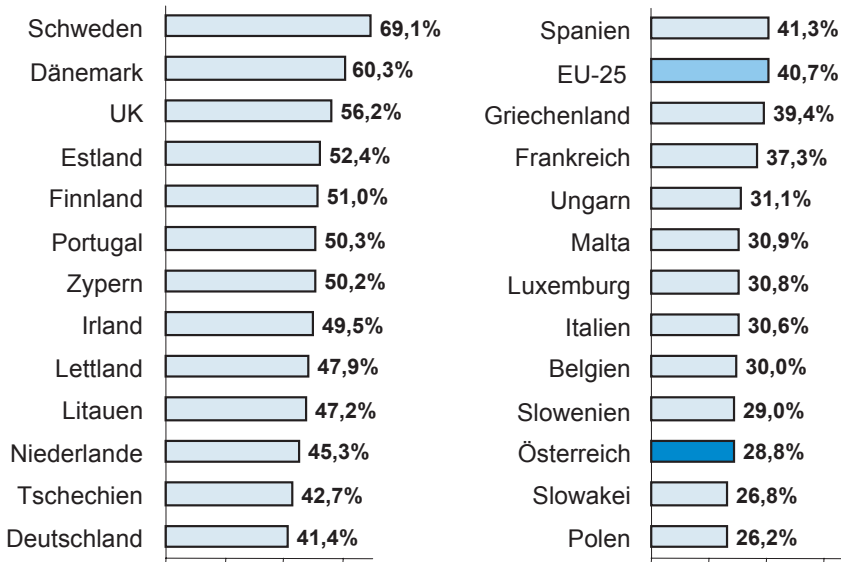


Abbildung 2.7: Beschäftigungsquote Älterer, 2004. Prozentualer Anteil der 55- bis 64-Jährigen an derselben Altersgruppe. Untersuchung aller privaten Haushalte, exklusive der kollektiven Haushalte wie Krankenhäuser und Altersheime. (2. Quartal: EU-25, DE, CY)

Quelle: Eurostat (2005); Stand: Mai 2005.

In diesem blamablen Wert für Österreich dokumentiert sich die jahrelang geübte Praxis, mit den Instrumenten der Frühpensionierung beinhart Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Sie hat die gesetzliche Altersvorsorge mittels Umlageverfahren an die Grenzen der Finanzierbarkeit geführt. Die Pensionsreformen greifen aber erst mittelfristig. Imponierend hingegen die Altersbeschäftigung in den Ländern Skandinaviens und in Großbritannien. Da wird Österreich noch einen weiten Weg gehen müssen.

F&E: Steiniger Weg zu 3 Prozent

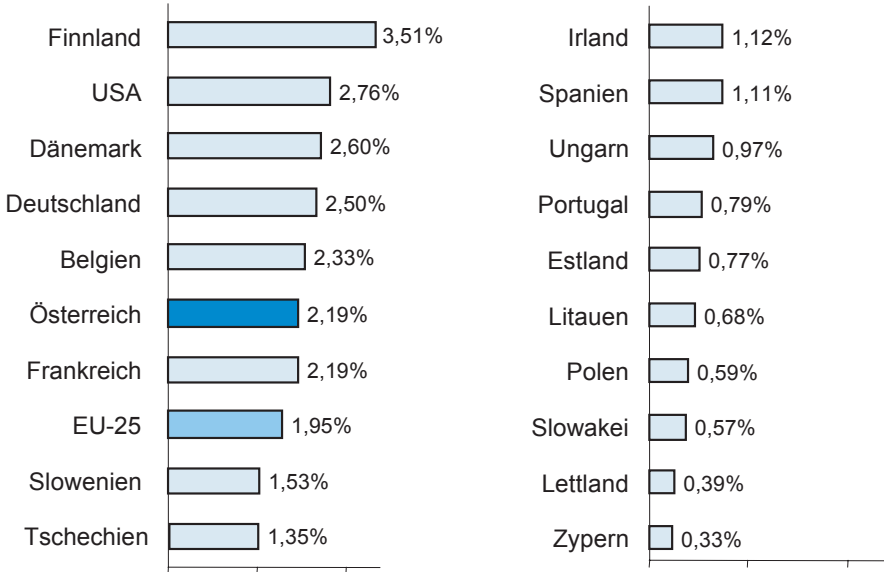


Abbildung 2.8: Ausgaben für F&E (des Staates, der privaten Unternehmen und des Auslands) in Prozent des BIP, 2003. (Vorläufiger Wert: EU-25, BE, DK, EE, IE, CY, LT, PT, FI, USA; Schätzung: DE, SI.)
Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Die Lissabon-Agenda fordert von den Mitgliedsländern das Erreichen von 3 Prozent des BIP bis 2010.

Österreichs F&E-Quote liegt zur „Halbzeit“ zwar etwas über dem EU-Durchschnitt, aber der Weg zur 3-Prozent-Marke ist noch steinig. Hier muss sich die heimische Forschungspolitik noch stärker als bisher an den Spitzenländern orientieren. Die wichtigste Benchmark für Österreich ist in diesem Fall Finnland. Dort wird – in vergleichbarer Landesgröße – der Zusammenhang zwischen Forschung und Wirtschaftswachstum besonders evident. Für 2004 zeigen vorläufige Werte der Statistik Austria eine F&E-Quote von 2,27 Prozent des BIP.

Preisniveau: Gehobene „Preislage“

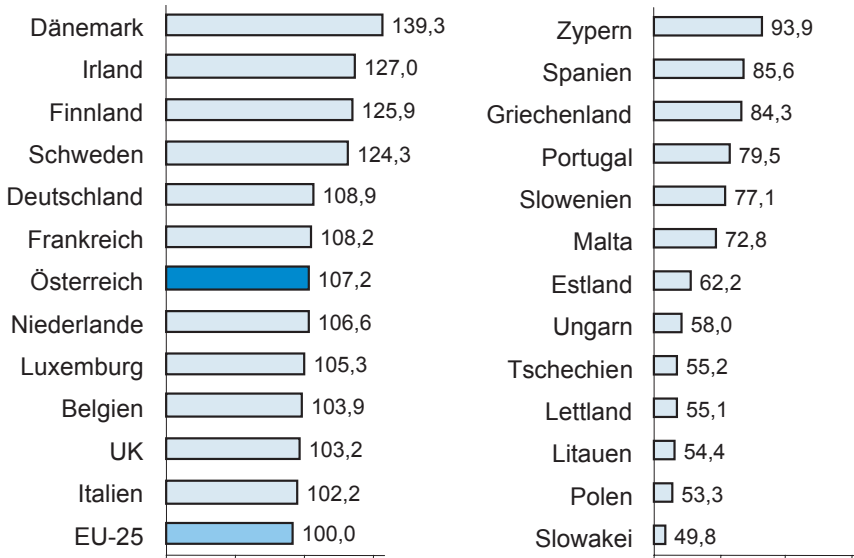


Abbildung 2.9: Vergleichende Preisniveaus, 2003: Verhältnis zwischen Kaufkraftparitäten und Devisenmarktkurs für jedes Land. EU-25 = 100. (Alle Länder: vorläufiger Wert.)

Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Dass Österreich zu den eher höherpreisigen Ländern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zählt, ist keine besondere Überraschung. Zum Anstieg der Preise um fast drei Prozent in jüngerer Vergangenheit haben nicht nur die rapid gestiegenen Rohölpreise (die alle Länder betreffen) beigetragen. In Österreich resultiert ein großer Teil des beschleunigten Preisanstieges aus einer überdurchschnittlichen Verteuerung öffentlicher Tarife und Abgaben.

Unternehmensinvestitionen: Ein Fünftel des BIP

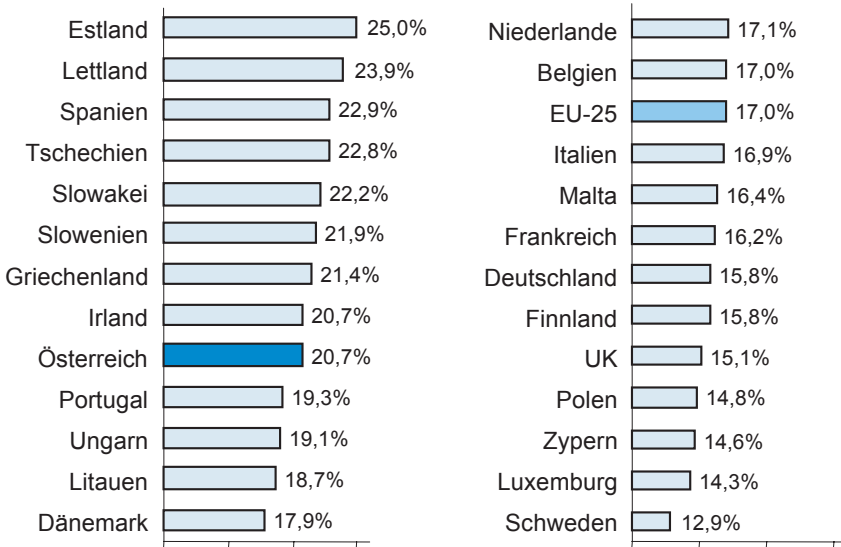


Abbildung 2.10: Private Unternehmensinvestitionen in Prozent des BIP, 2004. Bruttoanlageinvestitionen: Erwerb abzüglich Veräußerung von Anlagegütern durch Produzenten zuzüglich gewisser Werterhöhungen an nicht produzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten. (Prognose: ES, FR, IE.)

Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Mit einem Fünftel des BIP sind die Unternehmensinvestitionen in Österreich weiterhin auf einem relativ hohen Niveau, das schon seit vielen Jahren gehalten werden kann. Gegenüber den Ländern der EU-25 ergibt sich ein Vorsprung von 3,7 Prozentpunkten. Wenig überraschend sind die hohen Quoten in einigen Beitrittsländern. Sehr wohl überraschend – und strukturell nur schwer erklärbar – ist der bescheidene BIP-Prozentsatz der Unternehmensinvestitionen in Schweden.

Armutsgefährdung: Für jeden 8. ein Thema

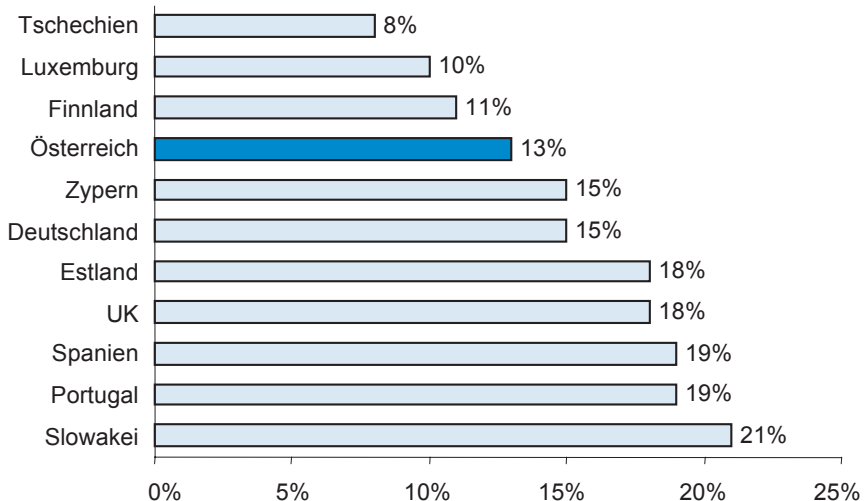


Abbildung 2.11: Armutsgefährdung nach sozialen Transfers, 2003: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. (Vorläufiger Wert: LU, AT, PT, SK.)
Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Dieser Vergleich ist – was die Zahl der einbezogenen EU-Staaten betrifft – deshalb unvollständig, weil nicht alle Länder gemeldet haben. Die Armutsgefährdung in Österreich ist vergleichsweise gering, doch entsprechen 13 Prozent der Gesamtbevölkerung hierzulande immerhin einer Million Menschen. Ein nicht zu vernachlässigendes gesamtgesellschaftliches Problem. Da als Folge der Lage der öffentlichen Finanzen die Mittel für Transfers kaum noch steigerbar sind, bleiben nur zwei gangbare Wege zur Armutsbekämpfung: Erhöhung der Treffsicherheit der Sozialtransfers und Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsquote.

Regionale Beschäftigungsunterschiede: Musterschüler

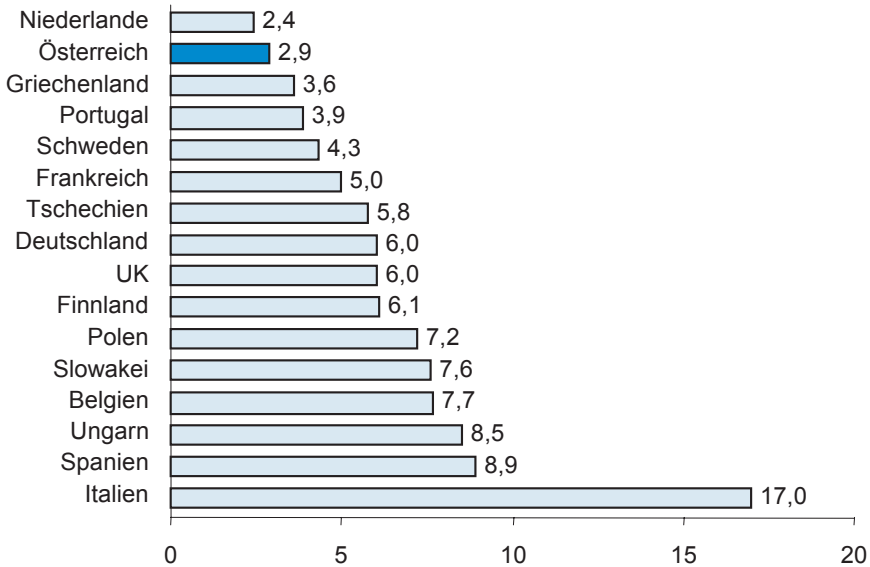


Abbildung 2.12: Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten, 2003; Variationskoeffizient regionaler (NUTS-2-Ebene) Beschäftigungsquoten (15–64-Jährige) innerhalb der Länder. Wenn die Beschäftigungsquote eines Landes in jeder Region gleich ist, ist der Variationskoeffizient gleich null. (Indikator ist nicht verfügbar für DK, IE, LU, CY, EE, LT, LV, MT, SI und IS, da diese Länder nur eine [bzw. 2] Nuts-2-Ebenen enthalten.)

Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

In einfachen Worten: Die regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsquote sind in den Niederlanden und in Österreich am niedrigsten. Österreich erweist sich damit als Musterschüler beim flächendeckenden Mobilisieren von Beschäftigung und bei der Bekämpfung von Strukturschwächen in einzelnen Regionen. Wenig überraschend die hohe Dispersion in Italien, wo der Süden des Landes noch immer sehr weit hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nachhinkt.

Energieintensität: Hohe Wirkungsgrade erreicht

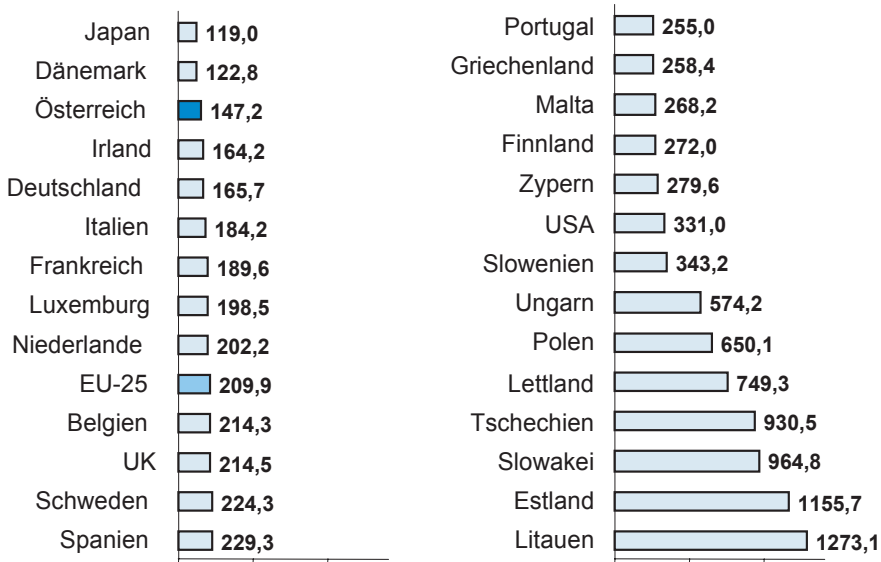


Abbildung 2.13: Energieintensität der Wirtschaft, 2002. Bruttoinlandsverbrauch an Energie in kg Öläquivalenten in Prozent des BIP (zu Preisen von 1995).

Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Die Energieintensität – gemessen am BIP – ist in Österreich überraschend gering. Obwohl dieses Land, als eines der ganz wenigen in der EU, einen Anteil der Sachgüterproduktion am BIP von mehr als 30 Prozent aufweist. Die vorliegenden Daten zeigen: Die Entkoppelung von Energieverbrauch und Industrieproduktion ist wirksam gelungen. Darüber hinaus haben sich die Wirkungsgrade installierter Anlagen im vergangenen Jahrzehnt gesamtwirtschaftlich wohl dramatisch erhöht. Ein beachtlicher strukturpolitischer Erfolg für unsere Energiepolitik. Freilich, die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern erreichen Dimensionen, welche leichte Zweifel an der statistischen Vergleichbarkeit aufkommen lassen.

Gesamtemissionen: Weit weg von Kyoto

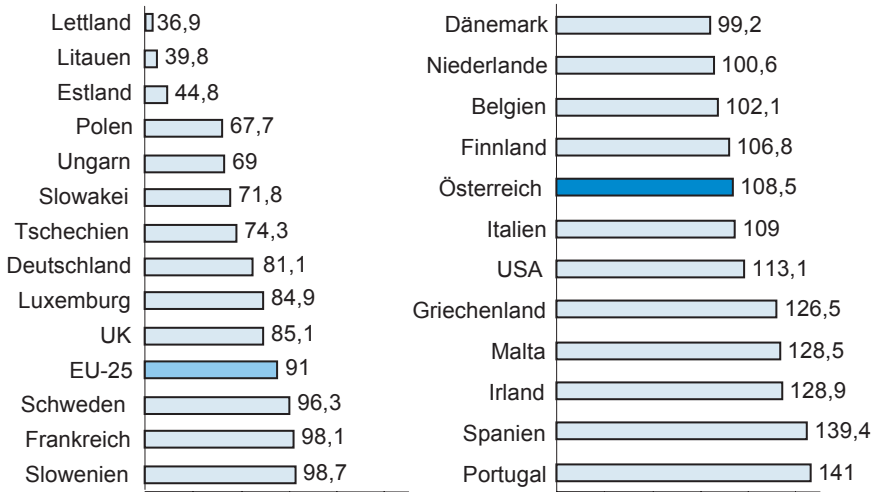


Abbildung 2.14: Treibhausemissionen 2002 in CO₂-Äquivalenten. Die Emissionen der 6 Treibhausgase, die durch das Kyoto-Protokoll abgedeckt sind, werden ihren globalen Erwärmungspotenzialen entsprechend gewichtet und zusammengefasst, um Gesamtemissionen in CO₂-Äquivalenten zu ermitteln. Die Gesamtemissionen werden als Indizes mit dem Basisjahr = 100 dargestellt. Das Basisjahr für CO₂, CH₄ und N₂O (Nicht-F-Gase) ist 1990, und 1995 für die langlebigen F-Gase (HFC, PFC und SF₆). (Schätzung Eurostat: EU-25.)

Quelle: Eurostat (2005); Stand: März 2005.

Bei der Konferenz von Kyoto im Jahre 1997 hatte sich Österreich verpflichtet, die Treibhausemissionen bis zum Jahre 2010 um mehr als ein Fünftel zu reduzieren. Der o.a. Indikator zeigt, dass wir von dieser Zielsetzung – die schon zum Zeitpunkt ihrer Vereinbarung höchst umstritten war – meilenweit entfernt sind. Vor allem die Rolle als Transitland im Herzen Europas macht derzeit Reduktionen von Treibhausemissionen aus dem Straßenverkehr nur über technische Verbesserungen an Fahrzeugen, nicht jedoch mittels Zurückdrängen des Individualverkehrs oder der Gütertransporte möglich.